Jede Stimme zählt

Die voraussichtliche Neuwahl bringt auch in die Hochschulpolitik Bewegung. Die **Forderungen** der Parteien im Überblick:

	SPD	CDU/CSU	Bündnis 90/Die Grünen	FDP	PDS
Studiengebühren	Die SPD will generell an einem gebührenfreien Erststudium festhalten. In den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen schufen SPD-geführte Landesregierungen Kontenmodelle, wonach Langzeitstudenten ab einer deutlichen Überschreitung der Regelstudienzeit bezahlen müssen.	Sechs CDU-geführte Bundesländer erkämpften vor dem Bundesverfassungsgericht, dass das bundesweite Verbot von Studiengebühren aufgehoben wurde. Einige CDU-Länderregierungen kündigten Gebühren für das Erststudium in Höhe von 500 Euro pro Semester an.	Bündnis 90/Die Grünen sind gegen Gebühren im Erststudium. Mit Studiengutscheinen sollen angehende Akademiker dazu angehalten werden, ihr Studium in der Regelstudienzeit zu Ende zu bringen. Unverbrauchte Gutscheine können nach dem Erststudium für Weiterbildung genutzt werden.	Die FDP will den Hochschulen die Möglichkeit eröffnen, Studiengebühren zu erheben. Über deren Höhe in den einzelnen Studienfächern sollen die Hochschulen selbst bestimmen dürfen.	Die PDS spricht sich gegen jede Form einer Campus-Maut aus, weil Gebühren unsozial seien und bildungsferne Schichten vom Studium abhielten.
Bafög	Das Bafög soll wie bisher zur Hälfte als Zuschuss gezahlt werden, die Schulden dürfen 10 000 Euro nicht überschreiten. SPD-Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn feiert es als Erfolg, dass unter Rot-Grün die Zahl der Bafög-Geförderten deutlich anstieg.	Die Union denkt darüber nach, Bafög durch andere Formen der Studienfinanzierung zu ersetzen, etwa durch Bildungsdarlehen. CDU-Chefin Angela Merkel erklärte aber: »Niemand hat die Absicht, das Bafög abzuschaffen.«	Die Grünen wollen das Bafög beibehalten und ausbauen, so dass Studierende unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern finanzielle Unterstützung erhalten.	Die Liberalen propagieren ein »Bürgerrecht auf Bildung«. Dazu sollen das Bafög vom Einkommen der Eltern abgekoppelt und die Anreize zum schnelleren Studium erhöht werden.	Die PDS will das Bafög als staatliche Leistung ausbauen und den Kreis der Bafög-Bezieher erheblich erweitern – am besten unabhängig vom Einkommen der Eltern.
Juniorprofessur	Die Bundesregierung hat die Juniorprofessur zusätzlich zur Habilitation als »neuen Karriereweg für den wissenschaftlichen Nachwuchs geschaffen«. Sie will das Programm, durch das über 800 Juniorprofessuren an deutsche Hochschulen gekommen sind, weiterführen.	Die CDU lehnt es ab, die Habilitation durch die Juniorprofessur zu ersetzen. Die Union spricht sich für den Tenure-Track nach angelsächsischem Vorbild aus, durch den junge Wissenschaftler finanziell unabhängiger forschen und lehren sollen.	Auch der kleine Koalitionspartner feiert die Juniorprofessur als Erfolg, insbesondere, da ein Drittel der Stellen mit Frauen besetzt sei. Sie wollen, dass sich die Juniorprofessur »gegenüber dem deutschen Sonderfall Habilitation« durchsetzt.	Die FDP hält die Juniorprofessur für sinnvoll – aber nur als einen von mehreren Qualifizierungswegen zur ordentlichen Professur. Die Entscheidung über den richtigen Weg will die FDP den Ländern überlassen.	Die PDS unterstützt die Juniorprofessur, würde aber gern noch viel mehr Nachwuchswissenschaftler einstellen.
Autonomie der Hochschulen	Bildungsministerin Bulmahn kämpfte für eine starke Bundeskompetenz in der Hochschulpolitik – weitgehend ohne Erfolg. Über das soeben beschlossene Elite-Programm soll der Bund weiterhin an den Hochschulen mitreden dürfen – etwa, um Spitzenforscher durch gute Bezahlung und gute Bedingungen anzulocken.	Die CDU hat in den vergangenen Jahren als Oppositionspartei Bildung stets als Ländersache bezeichnet. Den Hochschulen soll mehr Autonomie eingeräumt werden, etwa bei der Auswahl der Studenten. Die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) soll abgeschafft werden.	Hochschulabschlüsse, Regelungen für das wissenschaftliche Personal und der Hochschulzugang sollen bundeseinheitlich geregelt bleiben. Die Unis dürfen im Gegenzug bei Tarifverträgen mitreden, Professoren sollen nicht zwangsläufig verbeamtet werden.	Nach dem Willen der FDP soll sich die Politik so weit wie möglich aus den Hochschulen zurückziehen. Diese sollen in Finanz-, Personal- und Organisationsfragen frei entscheiden dürfen. Die ZVS soll abgeschafft werden.	Ein Bundesbildungsrat aus Vertretern der Länder soll Kleinstaaterei verhindern und die wesentlichen Standards setzen. Alle Interessengruppen an den Universitäten, also auch die Studenten, sollen gleichberechtigt an der Hochschulpolitik mitwirken dürfen.
Erste Wahl für …	… Gebührengegner, ZVS-Mitarbeiter, Bafög-Bezieher, Juniorprofessoren und solche, die es werden wollen.	… Gebührenfans, Habilitierte, die die Konkurrenz von Juniorprofessuren fürchten.	… alle, die Reformen wollen, aber nicht zu drastisch und immer unter eigener Mitsprache.	… Kinder von Besserverdienern und alle, die später einmal dazu gehören wollen.	… Langzeitstudenten, machthungrige Studentenvertreter, Fans der Massenuniversität.